



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Dr. Anatol J. [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Berlin, 19. Mai 2016

**Kindesentführung Ihres Sohnes Emil [REDACTED]**

**Erika Steinbach MdB**  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe  
Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77919, /-51339  
F 030. 227-76919 /-56329

erika.steinbach@bundestag.de  
www.cducusu.de

Sehr geehrter Herr Dr. J. [REDACTED],

inzwischen liegt mir die Antwort des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) zum Fall Ihres Sohnes Emil vor.

Das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ) sieht zwar die schnellstmögliche Rückführung widerrechtlich entzogener oder zurückgehaltener Kinder in das Land ihres gewöhnlichen Aufenthalts vor und beinhaltet insofern eine internationale Verpflichtung für die jeweiligen Vertragsstaaten. Die konkrete Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens ist dennoch den einzelnen Vertragsstaaten überlassen und richtet sich nach dortigem nationalen Recht. Unmittelbare Einflussnahmen auf die jeweiligen Gerichtsentscheidungen sind von deutscher Seite daher nicht leistbar. Die ansonsten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wurden in Ihrem Fall bereits intensiv genutzt.

Das Auswärtige Amt hat sich über die deutsche Botschaft in der Ukraine unmittelbar für die Rückführung Emils eingesetzt. Die Staatssekretärin im BMJV, Dr. Stefanie Hubig, hat sich im Sommer 2015 im Fall Emils bei den zuständigen ukrainischen Stellen in Ihrem Sinne verwandt. Da das gerichtliche Rückführungsverfahren in der Ukraine im vergangenen Jahr rechtskräftig abgeschlossen wurde, besteht rechtlich im Rahmen des Rückführungsbegehrens nach dem HKÜ für das Bundesamt für Justiz keine Unterstützungsmöglichkeit mehr.

Über diese von deutscher Seite geleistete Hilfestellung hinaus sehe ich keine zuträgliche Möglichkeit, Sie in Ihrem Anliegen unterstützen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Steinbach MdB



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Uwe M [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Erika Steinbach MdB**  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe  
Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77919, /-51339  
F 030. 227-76919 /-56329

erika.steinbach@bundestag.de  
www.cdusu.de

Berlin, 19. Mai 2016

**Kindesentführung Ihrer Tochter Sabina M [REDACTED]**

Sehr geehrter Herr M [REDACTED],

inzwischen liegt mir die Antwort des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) zum Fall Ihrer Tochter Sabina vor.

Das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung sieht zwar die schnellstmögliche Rückführung widerrechtlich entzogener oder zurückgehaltener Kinder in das Land ihres gewöhnlichen Aufenthalts vor und beinhaltet insofern eine internationale Verpflichtung für die jeweiligen Vertragsstaaten. Die konkrete Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens ist dennoch den einzelnen Vertragsstaaten überlassen und richtet sich nach dortigem nationalen Recht. Unmittelbare Einflussnahmen auf die jeweiligen Gerichtsentscheidungen sind von deutscher Seite daher nicht leistbar. Das im Jahr 2014 eingeleitete Rückführungsverfahren ist in der Ukraine noch nicht abgeschlossen.

Die ansonsten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wurden in Ihrem Fall bereits intensiv genutzt. Das Auswärtige Amt hat sich über die deutsche Botschaft in der Ukraine unmittelbar für die Rückführung Sabinas eingesetzt. Die Staatssekretärin im BMJV, Dr. Stefanie Hubig, hat sich im Sommer 2015 im Fall Sabinas bei den zuständigen ukrainischen Stellen in Ihrem Sinne verwandt.

Über diese von deutscher Seite geleistete Hilfestellung hinaus sehe ich keine zuträgliche Möglichkeit, Sie in Ihrem Anliegen unterstützen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Steinbach MdB



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Marco [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

**Erika Steinbach MdB**  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe  
Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77919, /-51339  
F 030. 227-76919 /-56329

erika.steinbach@bundestag.de  
www.cducsu.de

Berlin, 19. Mai 2016

**Kindesentführung Ihres Sohnes Erik** [REDACTED]

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

inzwischen liegt mir die Antwort des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz zum Fall Ihres Sohnes Erik vor.

Das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung sieht zwar die schnellstmögliche Rückführung widerrechtlich entzogener oder zurückgehaltener Kinder in das Land ihres gewöhnlichen Aufenthalts vor und beinhaltet insofern eine internationale Verpflichtung für die jeweiligen Vertragsstaaten. Die konkrete Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens ist dennoch den einzelnen Vertragsstaaten überlassen und richtet sich nach dortigem nationalen Recht. Unmittelbare Einflussnahmen auf die jeweiligen Gerichtsentscheidungen sind von deutscher Seite daher nicht leistbar.

Das Bundesamt für Justiz hat sich den mir vorliegenden Informationen zufolge unterstützend für die schnellstmögliche Rückführung Ihres Sohnes aus der Slowakei nach Italien eingebracht. Nach meiner Kenntnis ist das Rückführungsverfahren in der Slowakei erneut vor dem erstinstanzlichen Gericht anhängig.

Über die von deutscher Seite geleistete Hilfestellung hinaus sehe ich keine zuträgliche Möglichkeit, Sie in Ihrem Anliegen unterstützen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Steinbach MdB



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Hartmut B [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Berlin, 19. Mai 2016

**Kindesentführung Ihres Sohnes Samuel [REDACTED]**

**Erika Steinbach MdB**  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe  
Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77919, /-51339  
F 030. 227-76919 /-56329

erika.steinbach@bundestag.de  
www.cducsu.de

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

inzwischen liegt mir die Antwort des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz zum Fall Ihres Sohnes Samuel vor.

Das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung sieht zwar die schnellstmögliche Rückführung widerrechtlich entzogener oder zurückgehaltener Kinder in das Land ihres gewöhnlichen Aufenthalts vor und beinhaltet insofern eine internationale Verpflichtung für die jeweiligen Vertragsstaaten. Die konkrete Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens ist dennoch den einzelnen Vertragsstaaten überlassen und richtet sich nach dortigem nationalen Recht. Unmittelbare Einflussnahmen auf die jeweiligen Gerichtsentscheidungen sind von deutscher Seite daher nicht leistbar.

Das Bundesamt für Justiz hat sich den mir vorliegenden Informationen zufolge unterstützend für die schnellstmögliche Rückführung Ihres Sohnes aus der Slowakei nach Spanien eingebracht. Meiner Kenntnis nach beabsichtigen Sie zudem Rechtsmittel gegen den erstinstanzlich in der Slowakei zurückgewiesenen Rückführungsantrag einzulegen.

Über die von deutscher Seite geleistete Hilfestellung hinaus sehe ich keine zuträgliche Möglichkeit, Sie in Ihrem Anliegen unterstützen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Erika Steinbach MdB



---

## DRINGENDES HILFSGESUCH | Kindesentführungssache Emil [REDACTED]: Schwere Vertrags- und Grundrechtsverletzungen der Ukraine - mit stiller Duldung der Bundesregierung

**Von:** "Anatol [REDACTED]"  
**An:** erika.steinbach@bundestag.de  
**CC:** michael.brand@bundestag.de, karamba.diaby@bundestag.de, bernd.fabritsius@bundestag.de,  
frank.heinrich@bundestag.de, egon.juettner@bundestag.de, steffen.kampeter@bundestag.de,  
martin.patzelt@bundestag.de, michael.frieser@bundestag.de, kordula.kovac@bundestag.de,  
philipp.lengsfeld@bundestag.de, johannes.steiniger@bundestag.de, arnold.vaatz@bundestag.de,  
albert.weiler@bundestag.de, heinrich.zertik@bundestag.de, ute.finckh-kraemer@bundestag.de,  
angelika.gloeckner@bundestag.de, gabriela.heinrich@bundestag.de, frank.schwabe@bundestag.de,  
gernot.erler@bundestag.de, rolf.muetszenich@bundestag.de, gerold.reichenbach@bundestag.de,  
ursula.schulte@bundestag.de, ruediger.veit@bundestag.de, annette.groth@bundestag.de, inge.hoeger@bundestag.de,  
heike.haensel@bundestag.de, ulla.jelpke@bundestag.de, tom.koenigs@bundestag.de, omid.nouripour@bundestag.de,  
luise.amtsberg@bundestag.de, kordula.schulz-asche@bundestag.de, [REDACTED]  
[REDACTED]

**Datum:** 11.03.2016 08:57:56

---

Sehr geehrte Frau [REDACTED],  
sehr geehrte Frau Sprecherin Steinbach,  
sehr geehrte Damen und Herren im Bundestagsausschuß für Menschenrechte,

wie Herr M [REDACTED] für seine Tochter Sabina (s.u.) bitte auch ich Sie für meinen kleinen Sohn Emil dringend um Ihre Hilfe. Unsere Fälle gleichen sich fast eins zu eins.

Selber bin ich seit der Entführung mit massivem Rechtsbruch der Ukraine und dessen stillschweigender Duldung durch die deutschen Behörden konfrontiert: s. Anhänge.

Ich bitte Sie, so schnell wie möglich starken Druck auszuüben

1) auf die ukrainische Regierung zur Einhaltung des Haager Kindesentführungs-Übereinkommens (HKÜ), zur Achtung der Kindesrechte und meines Sorgerechts und zu Emils Rückführung nach Deutschland

und

2) auf Auswärtiges Amt und Bundesjustizministerium zur Einforderung des HKÜ und zur sofortigen Beendigung ihrer Duldungspolitik zum Schaden des Kindes, in deren Rahmen sie sich hinter den illegalen und unmoralischen (Un-)Rechtsakten der notorisch korrupten und rechtsverachtenden Bürokratie und Justiz der Ukraine versteckt.

Lassen Sie sich dabei nicht in die Irre führen (so wie es bei Herrn M [REDACTED] und mir ein Jahr lang der Fall war). Die zuständigen Regierungsstellen rühmen sich ihrer "vielfältigen Hilfsleistungen", haben in Wirklichkeit jedoch nichts Effektives getan und bis heute alles Unrecht ignoriert bzw. still abgenickt. Gegenüber der Ukraine wird eine feige und opportunistische Politik der Leisetreterei betrieben - obwohl das in einer zivilen Kindschaftssache gar nicht nötig wäre.

Als Bürger und ordentliche Einwohner Deutschlands haben Emil und ich Anspruch auf die effektive und zielstrebige Unterstützung der Bundesregierung in dieser existentiellen Notlage.

Die schweren Mißstände und die Politisierung des Rechts sind leider systematisch. Viele andere HKÜ-Väter und

-Mütter haben ähnlich schlimme Erfahrungen machen müssen.

Weitere Nachweise und Korrespondenzen werde ich Ihnen demnächst zuleiten. Davon hat sich in zweieinhalb Jahren Entführungszeit viel angehäuft - was ich im Kontakt mit Ihnen zu entschuldigen bitte.

In Hoffnung auf Ihre Hilfe und mit Dank für Ihre Aufmerksamkeit  
Anatol [REDACTED]  
(z.Z. in Kiew)

-----  
Dr. Anatol [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

[www.nicht-ohne-meinen-sohn.de](http://www.nicht-ohne-meinen-sohn.de)

**Gesendet:** Donnerstag, 10. März 2016 um 18:30 Uhr  
**Von:** "Uwe [REDACTED]"  
**An:** "erika.steinbach@bundestag.de" <erika.steinbach@bundestag.de>  
**Cc:** "Anatol [REDACTED]"  
**Betreff:** Entführungsfall in die Ukraine. Meine Tochter Sabina M [REDACTED]

Sehr geehrte Frau Steinbach,

ich wende mich an Sie unter Bezug auf Dr. Anatol [REDACTED]. Sowohl Dr. J [REDACTED] als auch ich sind Väter entführter Kinder in die Ukraine. Vergebens bemühen wir uns im Rahmen des HKÜ seit langem um eine Rückführung.

Ich hatte gestern in dieser Angelegenheit mit Frau [REDACTED] telefoniert.

Nahezu 1:1 teile ich mit Dr. Jung seine Erfahrungen hinsichtlich der Verstöße der Ukraine gegen das HKÜ sowie geltendes (ukr. und dt.) Familienrecht. Das sind u.a.

- willkürliche Verschleppung des Verfahrens;
- Missachtung des HKÜ;
- gefälschte, teils rückdatierte Dokumente;
- Anerkennung von Aussagen und Gutachten befangener Personen;
- mangelnde Beweisführung (Aussagen der Gegenseite werden ohne Nachweise anerkannt);
- Kontaktabbruch, gezielte Entfremdung wird geduldet -

und all das leider auch seitens der dt. Behörden!

Ebenso wie Dr. J [REDACTED] habe ich die Akteneinsicht beim Bundesamt für Justiz, Bonn beantragt. Und ebenso wie im Falle Dr. J [REDACTED] wird mir die vollständige Akteneinsicht verweigert.

Gegen die Kindesmutter liegt ein Europäischer Haftbefehl vor - eine formelle Routinemassnahme. Gegen die Grosseltern habe ich Strafantrag gestellt, ist zur Zeit in Bearbeitung und bewusst KEINE Routinemassnahme, denn hier haben sich Personen ein Kind angeeignet, für das sie keinerlei Sorgerecht besitzen.

Details zu den jüngsten Ereignissen sowie eine kurze Chronik finden Sie im Anhang.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich unserer Fälle annehmen würden und hierbei die ukrainischen und die deutschen Behörden auf Ihre Verpflichtungen aufmerksam machen.

Zu weiteren Rückfragen stehe ich jederzeit gern zur Verfügung. Der Fall ist lückenlos dokumentiert.

Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe 

---

#### Dateianhänge

- Emils Entführung\_'Münchener Merkur' - Reportage\_09-2015.pdf
- Emils Entführung\_Chronik & Besonderheiten\_D-E\_V1.7\_01-2016.pdf
- Emils Entführung\_Rückführungsverfahren - Ukrainische HKÜ-Verstöße (mit Vertragstext)\_V1.2\_D-E-UA\_10-2015.pdf